



Karnevalsfigur Schröder, Politiker Westerwelle, Scherf (o.), Maget, Beckstein, Althaus auf diesjährigen Prunksitzungen: „Jetzt muss ich bloß“

Das Tollhaus

Soll man lachen oder weinen? Maut, BahnCard, Gesundheitsreform – eine Panne nach der anderen lässt die Deutschen an ihrem Land verzweifeln. Sind wir ein Volk von Versagern, unfähig zum Fortschritt, regiert von Stümpfern? Oder müssen wir die Karnevalisierung der Politik mit Humor nehmen?

Narr müsste man sein oder Jeck, man dürfte sich die Hände reiben und sich freuen über ein Land, das so viel Stoff liefert für die Büttreden dieser Karnevalssession wie in keinem Jahr zuvor. Dosenpfand und Stolpe-Maut, Rentenklau und Putzfrauenschnüffler, ta taa – ta taa, ein Brüller nach dem anderen, ein Lacher folgt dem nächsten. In den närrischen Festsälen der Republik wird getrampelt vor Vergnügen, und in den Werkstätten der Karnevalsvereine wird voller Vorfreude gebastelt an den Wagen, die am Rosenmontag auf den Straßen von Düsseldorf und Köln, von Mainz und Aachen und in den anderen Hochburgen des Frohsinns die Pannen der Politik, die Deppen der Nation, die Lachnummern des Jahres vorüberziehen lassen.

Helau! Alaaf! Was für ein dankbares Jeckenjahr. Im Kölner Karneval ist Ger-

hard Schröder schon „gelebte Nachkriegszeit“. Einer, dessen Politik die Worte nicht mehr lohnt. „Vier Ehen, drei Trümmerfrauen“, trompetet Büttredner Guido Cantz in den Saal. Dreifacher Tusch, die Menge tobt.

Cantz legt nach – und Ulla Schmidt ist dran: „Vielleicht gibt es bald bei Ebay 'ne Offerte. Gut erhaltenes künstliches Hüftgelenk abzugeben. Einziger Nachteil: Opa ist noch dran.“ Der Saal brodeln. Hart, gehässig und immer in die Weichteile, das kommt an. Karneval 2004 ist Karneval brutal.

Der Kölsche Berufskomiker Bernd Stelter fühlt sich „wie am Ende der Ära Kohl“. Wo in den vergangenen Jahren das Florett gefragt war, reicht heute der Holzhammer. „Jetzt muss ich bloß sagen, Hans Eichel hat den Nobelpreis für Mathematik verdient, er hat das „circa“ bestimmt, und schon liegen die Leute flach.“

Der Karneval war traditionell immer ein Ventil, durch das die Untertanen ihren Zorn und ihren Spott über die Obrigkeit abließen. Auf den Sitzungen und Straßenzügen tobte sich das Volk aus. „Helau in alle Welt – Lachen kost' kein Geld“ hieß der Mainzer Rosenmontagszug 1999. Im Jahr 2001 zogen die Dortmunder unter dem Motto „Uns Narren tut es heut nicht weh, wir feiern auch trotz BSE“ durch die Straßen, im Jahr darauf feierten die Mainzer unter der Parole „Dank Euro wird die Fastnachtsfeier jetzt auch in Määnz nur halb so deier“. Und in diesem Jahr? Da heißt es in Köln fröhlich resigniert: „Laach doch ens, et weed widder wäde.“

Der Volkszorn wird in der Kölner Bütt entsorgt: „Frage ans Kind: Wo arbeitet dein Papa? Antwort: Der kellnert in einer Schwulenbar. Rückfrage: Wie kommst du denn darauf? Kind: Ich kann doch nicht



sagen, Hans Eichel hat den Nobelpreis für Mathematik verdient, und schon liegen die Leute flach“

sagen, dass er für die SPD arbeitet.“ Die „Impllosion einer großen Volkspartei“ ist auch bei den Nachbarn in Düsseldorf „ein ideales Motiv“, wie Wagenbaumeister Jacques Tilly frohlockt, der es dieses Jahr im Düsseldorfer Zug „deftig krachen lassen will“.

Schröders Flucht vor der Parteispitze wirkt wie das Wegziehen eines Vorhangs. Ein Tusch! Das Volk schaut auf den Kanzler und seine Regierung, schaut auf die Opposition und das Land, und es sieht die Probleme und Pannen dieser Republik an sich vorbeiziehen wie die Themenwagen eines Rosenmontagszuges.



Die Zukunft, made in Germany

Politische Witze auf Karnevalsitzungen erfordern politischen Sachverstand und Fingerspitzengefühl. Man will ja nicht den Schwarzen, Grünen, Gelben oder Roten unter den Gästen den Abend verderben. Aber in dieser Saison gibt es einen Kracher, einen Heuler, einen Abräumer. Es ist der kürzeste Witz jedes Abends. Er hat nur vier Buchstaben. M – A – U – T. Allerdings müssen die Büttensprecher jeden Morgen Zeitung lesen, um ihre Pointen auf den neuesten Stand zu bringen.

In der Nacht zum vergangenen Dienstag kam es in Manfred Stolpes Berliner Ver-

kehrsministerium zum letzten, ultimativen Gipfeltreffen mit dem Betreiberkonsortium Toll Collect. Es war mindestens das dritte letzte, ultimative Gipfeltreffen in dieser Angelegenheit.

Vom Prinzip her ist das Mautsystem Eins-a-Werbung für den Innovationsstandort Deutschland – wie der Transrapid, der seit 17 Jahren auf einer Teststrecke im Emsland auf seine große Zukunft wartet. Zurzeit wird noch gestritten, ob er wenigstens als elegantere S-Bahn in München taugt. Ist aber unwahrscheinlich.

Das Mautsystem aus dem Tollhaus ist Zukunft made in Germany. Und es ist doch wirklich kein großes Ding, die On Board Units mit Empfängern für das amerikanische GPS-Ortungssignal auszurüsten, damit die GSM-Mobilfunkverbindung neben Maut- auch Telematikdaten, die über die Fleet-Management-Schnittstelle (FSM) vom Can-Bus der Lkw übermittelt werden, an die GNSS/CN-Zentrale senden kann, auch wenn die EU-Transaktionsnorm CARDME noch nicht ... oder so ähnlich.

„Ein relativ einfaches System“, fand das Computer-Fachorgan „C’t“ – „wenn es denn funktioniert.“ „Einmal soll es im Probetrieb sogar gelaufen sein. Das war im vergangenen Jahr, an einem Sonntag, als kaum ein Laster auf deutschen Autobahnen fuhr.“

Am Anfang ist immer alles gut gemeint und einfach: bei Dosenpfand und Arbeitsmarktreflexionen, Steuermodellen und Maut. Dann wird es unglaublich schwierig. Am Ende sind nur noch die Fehler im System ganz simpel zu erklären: Die federführenden Konzerne DaimlerChrysler und Deutsche Telekom haben zu viel versprochen, die Politiker zu viel geglaubt. Die einen trieb der als Optimismus kaschierte eigene Größenwahn, die anderen eine geldgeile Naivität, die sie sich als Innovationsfreude zurechtlogten. Das ist eigentlich schon alles.

Seither regiert weder die Industrie noch der Minister, noch gar der gesunde Menschenverstand, sondern der Sachzwang: Stolpe konnte nicht zurück, weil er sonst endgültig Gesicht und Job verloren hätte. Die Konzerne durften nicht zurück, weil sie jedes Entgegenkommen in puncto Ausfallzahlungen ihren Aktionären nicht erklären könnten. Wer bei dieser Lachnummer zuerst zuckte, hatte verloren. Man entschied sich dann, gemeinsam unterzugehen.

Über elf Stunden dauerten die Verhandlungen bis in den Morgen des vergangenen Dienstags.

Vorher machten sich alle Mut, dass es eine Entscheidung geben werde. Es hörte sich an, als würde man schon ein „Jein, oder eventuell vielleicht“ als Durchbruch verstehen. Es war ein bisschen

wie die Polit-Inszenierung einer Tarifverhandlung.

Stolpe sah am Dienstagmorgen noch schläfriger aus als sonst, aber auch irgendwie erleichtert, als er die Kündigung ankündigte. Honeckers letzter Mann in Schröders Kabinett macht jetzt das Licht aus, sofern man ihn noch lässt.

Wenn er das Projekt neu ausschreibt, dauert es noch einmal 36 Monate. Es geht um Milliarden-Ausfälle, um Haftungsfragen, um gegenseitige Schadensersatzforderungen. Die Industrie steckte bislang rund eine Milliarde Euro in die Maut. Der Bund bilanziert bis Ende des Jahres Ausfälle von fast drei Milliarden.

Toll Collect hat noch einmal zwei Monate Zeit nachzubessern. Es wird weitergehen. Es geht immer weiter. Immer im Kreis, und am Ende gibt es nicht mal eine S-Bahn. Wie beim Transrapid. Der fährt, finanziert von deutschen Steuermilliarden, jetzt in Shanghai, meistens leer. Er ist zu teuer und hält weit vor der Innenstadt. Da fahren die Leute lieber mit dem Taxi.



Im Namen der Dose

Sie ist 52 Millimeter breit, 168 Millimeter hoch und 27,3 Gramm schwer. Sie ist so klein. Aber sie hat aus Deutschland ein

anderes Land gemacht. Sie beschäftigt seine Bürger, seine Politiker, seine Gerichte und seine Gesetze. Inzwischen ist sie so groß, dass die ganze Republik hineinpasst.

Man kann sagen, dass es etwa 1990 anfang, als die Umweltschützer und die Ossi Macht über Deutschland bekamen. Die Ossi waren frei, sie wollten keine Weihnachtspakete mehr mit Jakobs-Bohnenkaffee und Bellinda-Feinstrumpfhosen, sie wollten Bier aus der Dose. Es gab plötzlich irrsinnig viele Dosen in Deutschland. Sie lagen rostig in der Landschaft, und die Umweltschützer stellten fest, dass die Quote für Mehrweg-Getränkeverpackungen nach unten ging.

Wäre das alles, zum Beispiel, in Polen passiert, und hätten die Polen gesagt, dass man etwas daran ändern müsse, wahrscheinlich wäre die Getränkedose in Polen von einem Tag auf den nächsten verboten worden. Aber es passierte nicht in Polen. Es passierte in Deutschland.

Klaus Töpfer war damals Umweltminister und erließ 1991 die erste „Verpackungsverordnung“ in der Geschichte der deutschen Politik. Sie sollte einfach sein und logisch und für jedermann verständlich. Darin hieß es, es werde ein Pflichtpfand auf Dosen geben, sollte der Mehrweganteil bei Bier, Wasser, Sprudelgetränken, bei Saft und Wein („ausge-

nommen Perl-, Schaum-, Wermut- und Dessertweine“) unter 72 Prozent sinken. Töpfers Verordnung war ungefähr so verständlich wie die Gebrauchsanweisung für einen koreanischen Videorecorder, und es passierte erst mal nichts.

1997 sank die Mehrwegquote auf 71,33 Prozent, die Umweltministerin hieß Angela Merkel, sie war in der DDR groß geworden, und weil in der DDR auch nicht alles schlecht war, erließ sie eine neue Verpackungsverordnung. Sie sollte noch einfacher, noch logischer sein als Töpfers Verordnung. Pflichtpfand, hieß es nun, bestehe für solche Getränke, „für die der im Jahr 1991 festgelegte Mehrweganteil unterschritten ist“. Es waren nur zehn Worte, sie klangen ungefährlich. In Wirklichkeit war es ein Schießbefehl auf Dosen, auf Hausfrauen, auf Müllmänner, auf Supermarktkassiererinnen.

Fünf Jahre lang passierte wieder nichts, weil die deutsche Industrie erst mal Prozesse gegen das drohende Gesetz führte. Die Industrie fürchtete den Tod der Dose. Sie ging vor Verwaltungsgerichte, Obergericht, vor das Bundesverfassungsgericht. Es gab rund 30 Verfahren und hoch spezialisierte Dosenanwälte. Sie wurden ungefähr so reich wie Klaus Esser und Josef Ackermann. Am Ende hatten alle verloren – bis auf Jürgen Trittin, den Nachfolger von Angela Merkel. Früher war



Minister Trittin bei Berliner Aktion gegen Dosen: Früher war er für Kommunisten, heute ist er für Mehrwegflaschen

Trittin für die Kommunisten, heute ist er für Mehrwegflaschen.

Trittin machte Merkels Verordnung zum Gesetz, seit dem 1. Januar 2003 gibt es in Deutschland Pfandpflicht. Apfelschorle kostet Pfand, Apfelsaft nicht. Eistee mit Kohlensäure kostet Pfand, Eistee ohne Kohlensäure nicht. Cola in Dosen kostet Pfand, Whisky-Cola in Dosen nicht.

Im Kölner Karneval lagen kaum noch Dosen auf den Straßen, dafür mussten die Jecken mit Schnittverletzungen abtransportiert werden, weil alles voller Scherben war. Man warf jetzt Flaschen weg, nicht mehr Dosen, weil das Pfand auf Flaschen 17 Cent weniger kostete als das Pfand auf Dosen.

Es war im Juli 2003, als die deutsche Dosenwut die EU-Kommission erreicht hatte. Der Kommissionspräsident Romano Prodi forderte ein einheitliches, landesweites Rücknahmesystem, damit ausländische Hersteller nicht benachteiligt würden. Im Oktober leitete die EU-Kommission deshalb ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland ein. Jürgen Trittin hat inzwischen eine Novelle von Angela Merkels Gesetz entworfen. Sie sieht nochmals eine Vereinfachung der Regeln vor, sagt Trittin. Er will nur noch umweltfeindliche Verpackungen bepfanden, nicht mehr unterschiedliche Drinks. Andernfalls, sagt Trittin, müsse demnächst auch noch Pfand auf Weinflaschen und klebrige Saftkartons erhoben werden.

Sein neues Gesetz soll für alle Getränke gelten, jedenfalls für die meisten. Träte es in Kraft, würde zum Beispiel der Multivitamin-Drink von „Müller“ bepfandet, „Müllermilch Erdbeere“ von „Müller“ dagegen nicht. Wegen der Molke. Im Moment steckt die Novelle im Bundesrat fest.



Kamelle für Pendler

Wenn der Prinz Kamelle schmeißt, dann mit vollen Händen und schön gleichmäßig nach allen Seiten. Das sieht gerecht aus, ist es aber nicht: Auf die dicken Kinder regnet es genauso viele Süßigkeiten wie auf die dünnen. Manchmal verhält sich der Staat wie Prinz Karneval. Seine Kamelle sind die Subventionen und heißen zum Beispiel „Pendlerpauschale“. Sie werden gleichmäßig, aber ungerecht verteilt, sie haben ungewollte Nebenwirkungen, und jeder, der sie abschaffen will, kriegt den Zorn der Wähler zu spüren.

Die Pendlerpauschale stammt aus dem Jahr 1920. Seit damals können Fahrten zwischen Wohn- und Arbeitsort steuerlich geltend gemacht werden.

1998 kamen Rot-Grün und die Ökosteuer. Die Spritpreise stiegen, die Kilometerpauschale wurde in Entfernungspauschale umbenannt, auf bis zu 40 Cent erhöht und galt fortan für jedes Transportmittel – selbst Fußgänger sparen jetzt Steuern. Aus der Idee, tatsächlich anfallende Kosten zu min-



Abstimmung im Bundestag: Massenproduktion mit hoher Fehlerquote

dern, war eine breit gestreute, ökologisch verbrämte Subvention geworden – das Kamelle-Prinzip.

Im Juni 2003 legte die Bundesregierung den Rückwärtsgang ein, Hans Eichel brauchte Geld, er wollte die Pauschale wieder kürzen: Nur wer mehr als 20 Kilometer zur Arbeit fährt, hätte seine Kosten noch absetzen können. Drei Tage hielt der Plan, dann scheiterte er am Widerstand in der Koalition. Stattdessen setzte die Regierung eine „Arbeitsgruppe Entfernungspauschale“ ein – doch während die noch nachdachte, trat Eichel mit einem eigenen, neuen Modell nach vorn: Arbeitswege von weniger als 20 Kilometern sollten jetzt doch abgesetzt werden können, allerdings nur, wenn der Steuerzahler nicht mit dem Auto, sondern mit öffentlichen Verkehrsmitteln anreist. Zwei Tage später war auch diese Idee tot. Der nächste Einfall: Es gibt pro Kilometer 15 Cent, und zwar vom ersten Kilometer an und gleichermaßen für Auto-, Bus- oder Bahnfahrer, und für Fußgänger auch.

Das Vor und Zurück ist zur routinierten Mechanik rot-grüner Politik geworden. Ein Gesetz oder eine neue Vorschrift anzukündigen, sie dann fallen zu lassen und mit einem neuen Vorhaben vergessen zu machen, das ist schon so etwas wie Regierungsstil. Die Putzfrauen besteuern, das BKA umsiedeln, die Eigenheimzulage streichen, das läuft immer nach dem Muster von trial and error.

Genau 864 Gesetzesvorlagen wurden während der vergangenen Legislaturperiode in Bundestag und Bundesrat eingebracht – im Schnitt fast eine pro Arbeitstag. Immerhin 548 davon traten in Kraft, in dieser Legislaturperiode sind es bisher immerhin über 200 neue Gesetze. Eine Massenproduktion mit hoher Fehlerquote.

Seit Gerhard Schröder vor gut fünf Jahren zum Kanzler aufstieg, häufen sich die Gesetzespannen. Anfangs mochte man Rot-Grün noch zugute halten, dass nach 16 Jahren Abstinenz von der Regierungsmacht nicht gleich alles rund laufen kann.

„Die zweite Legislaturperiode hat genauso stümperhaft begonnen wie die erste“, sagt Ulrich Karpen, Hamburger Professor für Öffentliches Recht. Er beklagt eine Flut von handwerklich miserablen Vorschriften, die den Bürger verwirren – und den Abgeordneten. Oft bekommen die Abgeordneten erst ein, zwei Tage vor der Abstimmung stapelweise Gesetzesänderungen auf den Tisch.

So konnte es geschehen, dass Rezzo Schlauch 1999 erst aus der Presse erfuhr, dass er gegen ein neues Gesetz verstieß: Die Honorarkraft in seinem Büro entpuppte sich plötzlich als scheinselfständig. Der damalige grüne Fraktionsvorsitzende war genauso entsetzt über die missratene Vorschrift wie andere Betroffene auch. Und hatte sie, ganz ohne es zu wissen, doch selbst mit durchgesetzt. Inzwischen wurden die Bestimmungen, die kleine Selbständige um den Broterwerb brachten, schon zweimal korrigiert. Die Verwirrung ist geblieben.

Mit Stolz präsentierte die Bundesregierung vor zweieinhalb Jahren ihr neues Mietrecht. Sie pries es, wie so manches andere, als Jahrhundertwerk. Und ließ es für die Ewigkeit ins Bürgerliche Gesetzbuch schreiben. Dort blieb es gerade mal 121 Tage ungeschoren, dann stand die erste Änderung an: Es kollidierte mit dem Schuldrechtsreformgesetz, das hatte man schlicht übersehen.

Und die Pendlerpauschale? Im Vermittlungsausschuss einigten sich die Parteien



MARC-STEFEN UNGER

Verteidigungsminister Struck auf SPD-Fest in Berlin: „Laach doch ens, et weed widder wäde“

auf eine Kürzung von 40 auf 30 Cent pro Kilometer. Bis der Finanzminister den nächsten Vorstoß wagt.



Keine Stütze unter Palmen

Es gibt Tage, an denen Debatten im Parlament nicht weiterführen. Solche, an denen Regierungen einfach handeln müssen. Schnell und hart, ohne Rücksicht auf Verluste. Weil Gefahr im Verzug ist und die Nation vor Schaden bewahrt werden muss.

Der 2. September 2003 war so ein Tag. Berlin, gegen zehn Uhr morgens: Das Kabinett kommt im sechsten Stock des Bundeskanzleramts zusammen, um die dringlichsten Probleme der drittgrößten Industrienation der Welt zu besprechen.

Ganz oben auf der Agenda: Die „geplante Ausweitung des deutschen Engagements in Afghanistan“ und der Einsatz gegen „Florida-Rolf“ als „Eindämmung des Missbrauchs bei Erteilung von Sozialhilfe im Ausland“.

In puncto Afghanistan hat Verteidigungsminister Peter Struck (SPD) die Linie vorgegeben: Deutschland werde fortan auch „am Hindukusch verteidigt“. Die Erkenntnis, dass der Sozialstaat in Florida eine offene Flanke hat, verdankt die Regierungsrunde der „Bild“-Zeitung.

Die hatte nach einem glutheißen Sommer mit Schlagzeilen wie „Äquator dra-

matisch verschoben“ oder „Kanzler, tu was! Himbeer-Eis auf Krankenschein!“ die rot-grüne Reform-Stau-Koalition am 16. August auf einen weiteren Missstand hingewiesen, den es abzustellen galt: „Sozialamt zahlt am Strand Wohnung in Florida. Ist unser Sozialstaat jetzt völlig bescheuert?“

Stein des Anstoßes war Rolf-Manfred John, wohnhaft: Collins Avenue, North Beach, Miami/Florida, USA. Einer von 959 deutschen Sozialhilfeempfängern, die zu diesem Zeitpunkt im Ausland lebten und die Allgemeinheit 2002 etwa 4,3 Millionen Euro kosteten – ganze 0,017 Prozent von rund 25 Milliarden, die in jenem Jahr für Sozialhilfe ausgegeben wurden. Aber das spielte keine Rolle.

Auch die Tatsache, dass die Richter des Niedersächsischen Oberverwaltungsgerichts, deren Beschluss den „Bild“-Aufschrei auslöste, festgestellt hatten, John habe grundsätzlich Anspruch auf die Gewährung von Sozialhilfe für Deutsche im Ausland, interessierte niemanden.

Dass es in dem Rechtsstreit um ganze 88 Dollar Mietzuschuss monatlich ging, die das Landesamt für Zentrale Soziale Aufgaben über das gesetzliche Maß hinaus zahlen sollte – ein halbes Jahr lang, binnen dessen sich John eine billigere Wohnung suchen musste: geschenkt.

Was zählen Details, wenn die Stütze an eine Adresse überwiesen wird, die nach Cocktails und Bikini-Hasen klingt? Deutschland ist verschuldet, und das So-

zialamt zahlt so einem noch die Sonnencreme. Massenarbeitslosigkeit, Haushaltslöcher, Agenda 2010 – plötzlich schien alles ganz einfach. Das Elend hatte endlich einen Namen: Florida-Rolf. Und der war, wie sogar ein Feuilletonist der „Süddeutschen Zeitung“ hervorhob, das „Fanal einer Zeit im Umbruch“.

„Der Missbrauch“, tönte der Kanzler, „ist wirklich schlimm. Und der muss, wenn Gerichtsurteile das nicht selbst hinkriegen, gesetzlich ausgeschlossen werden.“ Gesagt, getan.

Nur vier Tage später lag der Änderungsantrag zum Paragraphen 119 Sozialhilfegesetz auf dem Kabinetttisch.

Künftig sollen nur noch Menschen, die für einen längeren Zeitraum in Krankenhäusern oder Pflegeheimen liegen oder im Gefängnis sitzen, ihre Stütze ins Ausland bekommen. Auch einige Sonderfälle dürfen noch bleiben.

Der Rest muss zurück, und das könnte für Deutschland teurer werden als die alte Lösung. Mit oder ohne Florida-Rolf. Denn im Durchschnitt liegt die Sozialhilfe für Bundesbürger im Ausland bei monatlich 374 Euro – rund 200 Euro niedriger als in Deutschland. Aber das macht nichts. Schließlich geht es ums Prinzip.

Schon Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Philosoph und Großmeister des deutschen Idealismus, wusste, dass jedes System, das konsequent zu Ende gedacht und damit verabsolutiert wird, sich selbst zu Grunde richtet.



Der Zug kommt

Als die beiden noch klein waren, träumte der eine von einem Arbeitsleben bei der Post. Der andere wollte später Pilot werden. Eine Karriere als Politiker oder Lokomotivführer schwebte keinem von ihnen vor. Vielleicht ging das Elend damit los. Denn jetzt sind sie beide groß.

Der Wunsch-Postler ist Bundeskanzler geworden und heißt Gerhard Schröder. Der Flugzeug-Fan wurde Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bahn AG und heißt Hartmut Mehdorn. Der eine bekam die komplette Republik als Spielwiese, der andere ihre größte Modelleisenbahn mit 35 804 Gleiskilometern und 31 346 Brücken. Beide sehen in letzter Zeit nicht mehr sehr glücklich aus in ihrem Job.

„Bahn-Chef ist der zweitverrückteste Job, den die Nation zu vergeben hat“, sagte Schröder am Anfang zu seinem Mehdorn und ließ keinen Zweifel daran, wer den verrücktesten hat. Dann machten sich Kanzler und Konzernchef ans Umbauen. Jahrhundertreformen standen an in Unternehmen wie Republik.

Was für Schröder die Agenda 2010 wurde, sollte der Börsengang für Mehdorn werden. Er fing mit einem neuen Preissystem namens „Pep“ an, das vor allem bedeutete, dass die alte BahnCard abgeschafft wurde. Das Projekt war schneller auf dem Markt als Hartz III und IV im Bundestag, aber auch schneller wieder

weg. Dazwischen schrien ein halbes Jahr lang Gewerkschafter und Aufsichtsräte, Verkehrspolitiker und Verbraucherschützer wild durcheinander. Mehdorn blaffte zurück. Er ist – wie soll man sagen – nicht immer von diplomatischem Feingeist besetzt. Aber er hat, wie sein Kanzler, ein Gespür für Stimmungen und Macht.

Die Deutsche Bahn AG gehört dem Bund. Im Bund muss man Wahlen gewinnen. Wahlen gewinnt man nicht mit einem irrlichternden Bahn-Chef, der sich am liebsten gleich mit Millionen von Kunden/Wählern anlegt.

Es gab mal jemanden, der Ron Sommer hieß, die Deutsche Telekom fit machen sollte und dabei zusehen musste, wie erst der Kurs seiner Volksaktie und dann er selbst in den Keller geschickt wurde. Es gibt Herrn Sommer noch immer, aber nicht mehr bei der Telekom. Mehdorn hatte verstanden.

Er schmiss ein paar Manager raus. Irgendwer musste ja verantwortlich sein für das BahnCard-Debakel, die einbrechenden Gewinne, das miese Image. Sich selbst ließ er den Vertrag verlängern. Dann führte er die alte BahnCard wieder ein. Beim Kanzler läuft das so ähnlich.

Mehdorns Bahn ist Schröders Republik überhaupt sehr ähnlich. Dauernd verspätet sich irgendwas, und schuld sind immer die anderen.

Beide haben ein Kommunikationsproblem. Deshalb schickte Schröder auch noch seinen Generalsekretär nach Hause und Mehdorn seinen Pressesprecher.

Es geht jetzt nicht mehr um Polit-Reformen oder einen Börsengang. Es ist kein Spiel mehr. Es geht ums Überleben.



Wider den tierischen Ernst

Von Zeit zu Zeit werden in der Politik Sätze geboren, die bleiben ewig. „Die Rente ist sicher“ von Norbert Blüm war so ein Satz.

Oder Kohls „blühende Landschaften“. „Das Amt darf nicht beschädigt werden“ ist auch so ein Satz.

Es geht um das höchste Amt, das die Bundesrepublik Deutschland zu vergeben hat. Ein Bundespräsident muss Bäume pflanzen und Orden umhängen können. Er muss Weihnachtsansprachen halten. Er muss zuhören können. Ein Bundespräsident lebt vom Geschick seiner Finger und von der Kraft seiner Worte. Es war noch niemals leicht, den Richtigen zu finden.

Johannes Rau hat sich lange mit der Frage herumgequält, ob er noch mal für eine zweite Amtszeit kandidieren soll oder nicht. Er hatte immer gesagt, dass er diese Entscheidung unabhängig von den Mehrheitsverhältnissen in der Bundesversammlung treffen möchte. Der Respekt vor dem Amt sei zu groß, als dass man es solchen Zahlenspielerien unterwerfen dürfe.

Als dann Anfang September vergangenen Jahres klar wurde, dass die CSU die bevorstehende Bayern-Wahl mit einem historischen Ergebnis gewinnen würde, so dass Union und FDP in der Bundesversammlung eine klare Mehrheit haben würden, nutzte Rau seine alljährliche Sommerparty für Journalisten, um in den Rauch von Grillwürsten hinein zu sagen, dass er sich also nun doch nach gründlicher Überlegung entschlossen habe, nicht mehr zu kandidieren. Das Alter. Die Lebensplanung. Die Belastungen des Amtes. Er sagte, er habe die Entscheidung schon im Frühsommer getroffen, aber keinem was davon gesagt, um das Amt nicht durch endlose Diskussionen um den richtigen Nachfolger zu beschädigen. Man trank dann ganz schnell noch ein Bier.

Die Spitzen der großen Volksparteien sprachen von einem würdigen Abgang, so wie es die Würde des Amtes erfordert. Angela Merkel von der CDU sagte, die Art und Weise, in der Rau seinen Verzicht erklärt habe, stehe beispielhaft für sein Amtsverständnis. Die Union werde den Rest von Raus Amtszeit mit der notwendigen Achtung und Respekt begleiten. Gerhard Schröder von der SPD bat darum, man möge die Kandidaten-Debatte mit Respekt vor Amt und Personen führen.

Schröders erster Vorschlag war, dass es nun eine Frau machen solle. Alle Parteien waren sich einig, dass er das gesagt hatte, um Angela Merkel als Kanzlerkandidatin zu verhindern. Wenn es eine Bundespräsi-



Karnevalsfigur Mehdorn: Es geht ums Überleben

JORG HEMPEL

dentin gäbe, kann es nicht auch noch eine Kanzlerkandidatin geben, bei allem Respekt vor den Frauen.

Dann sagte Schröder, Klaus Töpfer von der CDU sei ein guter Kandidat. Alle Parteien waren sich einig, dass er das gesagt hatte, um das bürgerliche Lager zu spalten. Töpfer, ein Freund von grünen Punkten, gelben Säcken und schwarz-grünen Koalitionen, wäre für die FDP nicht wählbar.

Roland Koch von der CDU schlug vor, Wolfgang Schäuble von der CDU solle es machen. Alle Parteien waren sich einig, dass er das gesagt hatte, um Angela Merkel unter Druck zu setzen. Von Schäuble heißt es, er sei nicht liberal genug, und wenn die FDP Schäuble nicht wählen würde, wäre Angela Merkel in der CDU unten durch, und Roland Koch könnte vielleicht doch noch Kanzlerkandidat werden.

Angela Merkel sagte gar nichts. Alle Parteien waren sich einig, dass es ihr egal ist, wie der Kandidat heißt, Hauptsache er gewinnt, und sie wird Kanzlerkandidatin.

Guido Westerwelle von der FDP sagte, die FDP könne auch einen eigenen Kandidaten aufstellen. Wolfgang Gerhardt böte sich für eine Mehrheit mit der Union an oder Cornelia Schmalz-Jacobsen für eine Mehrheit mit Rot-Grün. Alle Parteien waren sich einig, dass Westerwelle auch eine taube Nuss aufstellen würde, weil er einen Erfolg braucht, um weiter Parteichef zu bleiben.

Es kann schon sein, dass im Verlauf dieser Debatte die ein oder andere Person beschädigt worden ist. Aber es geht hier nicht um Personen. Es geht um das Amt, um den Respekt vor dem Amt. Und das Amt ist ja heile geblieben.



Zahle, zahle Hänschen

Auf der Homepage vom Bund der Steuerzahler (steuerzahler.de) gibt es eine Uhr. Sie zeigt nicht die Zeit, sondern die Verschuldung der Bundesrepublik: Pro Sekunde wächst die Summe um exakt 2186 Euro. Klick. Klick. Einfach so. Man bekommt sehr schnell sehr feuchte Hände, denn die Uhr zeigt, dass jeder Bundesbürger schon mit 16 220 Euro in der Kreide steht – bei wem auch immer. Allein in der Zeit, die man für die Lektüre dieses Absatzes vertrödelt, rutscht die Bundesrepublik rund 30 000 Euro weiter in die Miesen.

Man sollte vielleicht schneller lesen. Oder zur Abwechslung nicht nur Zeit sparen, sondern mal Geld.

Mit dieser Idee war auch Hans Eichel (SPD) angetreten. Das war 1999, und Eichel wurde Finanzminister. Er galt als so streng wie sein Betonscheitel. Als personifizierter Rot-Stift. In seinem Büro hat er eine ganze Sammlung Sparschweine akkurat aufgereiht. Und er hatte große Pläne damals. Bis zum Jahr 2006 wollte er seinen Haushalt konsolidieren, also nur noch das ausgeben, was er auch an Steuern einnimmt. Es kam dann sehr anders.

Allein im vergangenen Jahr flossen von den rund 257 Milliarden Euro im Bundesetat 97 Milliarden in Renten und Pensionsverpflichtungen und 38 Milliarden in den Schuldendienst. Mehr als jeder zweite Euro ging also für Vergangenheitsbewältigung drauf. Das Land lebt schon seit Jahrzehnten über seine Verhältnisse.

Dann brach auch noch die Wirtschaft weiter ein. In seinem neuesten Haushalt macht Eichel rund 30 Milliarden Euro neue Schulden. Man weiß nicht, ob es dabei bleiben wird.

Es gab etliche Rücktrittsforderungen an ihn. Es gab sogar einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss, der sich „Wahlbetrug“ nannte und ein knappes Jahr lang prüfte, ob Eichel log, als er sich vor der letzten Bundestagswahl seine eigenen Zahlen schön rechnete.

Damals hatte er behauptet, dass Maastricht gehalten werde. Im Maastricht-Vertrag haben sich die Staaten des Euro-Raums verpflichtet, nie mehr als drei Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts an neuen Schulden aufzunehmen. Maastricht wurde Eichels Stalingrad.

Hatte er sich nur geirrt? Hatte er bewusst die Öffentlichkeit getäuscht? Kurz: War er blöde oder berechnend? „Es geht hier nicht um Fakten“, sagte Eichel selbst vor dem Ausschuss. „Ein Minister hat politische Entscheidungen zu treffen“, was so klang wie: Ein Haushalt hat mit Wahrnehmungen zu tun, nicht mit Wahrheiten.

Ende 2003 legte der „Lügen-Ausschuss“ seinen Bericht vor: Eichel hat nicht gelogen, befanden die rot-grünen Vertreter. Eichel hat gelogen, sagten die Prüfer der Union. Rot-Grün stellte die Mehrheit in dem Ausschuss. Die Mehrheit hat immer Recht.

Die Uhr auf der Homepage vom Bund der Steuerzahler tickt ungerührt weiter. Am Mittwoch stand der Zähler bei rund 1,3 Billionen Euro.



Wenn die Opposition regiert

Eine „Ankündigungsdemokratie“ sei Deutschland geworden, kritisierte der Berliner Zeithistoriker Arnulf Baring, und im Ankündigen, Zerreden und Fallenlassen ist die Opposition genauso versiert wie die Regierung.

Schon heute ist es auch das Werk der C-Parteien, dass alles, was Reform heißt, irgendwie nach Chaos klingt. Es war der 11. November 2002, als Angela Merkel auf dem CDU-Parteitag in Hannover in ihrem Amt bestätigt wurde und eine „Kommission zur Reform der sozialen Sicherungssysteme“ ankündigte. Zum Leiter berief sie im Februar 2003 den früheren Bundespräsidenten Roman Herzog. CSU-Vize Horst Seehofer sagte, die Union brauche keine Kommissionen. Bei Herzog wurde er trotzdem Mitglied.

Die Beratungen liefen über sieben Monate, Seehofer erschien nach einigen Sitzungen nicht mehr. Merkel beauftragte die Beratungsfirma McKinsey, verschiedene Modelle durchzurechnen.

Im September präsentierte die Kommission ihre Vorschläge:

Eltern bekommen eine höhere Rente als Kinderlose.



FOUNTAINFO PRESSEFOTOGRAFIE / ACTION PRESS

Bundespräsident Rau beim Karnevalsempfang: „Das Amt darf nicht beschädigt werden“



zept vor. Es solle keinen Stufentarif geben, höhere Steuersätze als im CDU-Modell und weiterhin Vorteile für Pendler oder Bauern.

Merz nannte Stoibers Vorschläge enttäuschend. Die Berechnungen der CSU seien „in mehreren Punkten falsch“. Der bayerische Finanzminister Kurt Faltlhauer warf Merz später vor, er arbeite mit falschen Zahlen.

Merkel kündigte an, CDU und CSU würden bei einer gemeinsamen Präsidiumssitzung am 7. März einen „Masterplan für Deutschland“ erarbeiten. Bis dahin werde man sich auf ein Steuerkonzept einigen. Über die Renten- und die Gesundheitsreform könne man später sprechen, hieß es.



Zugspitz-Gast Stoiber, Karnevalsfiguren Merkel, Stoiber: Im Ankündigen, Zerreden und Fallenlassen so versiert wie die Regierung

Die Pflegeversicherung wird durch privates Kapital finanziert.

Im Jahr 2010 zahlt jeder Bundesbürger eine Gesundheitsprämie von 190 Euro – egal, wie viel er verdient. Ein sozialer Ausgleich wird aus Steuern bezahlt. Das kostet nach den Berechnungen von McKinsey 27 Milliarden Euro im Jahr.

Horst Seehofer sprach von 45 Milliarden Euro.

CSU-Chef Stoiber lehnte die Vorschläge ab und forderte von der Schwesterpartei ein „soziales Augenmaß“. Er berief eine Arbeitsgruppe ein, die Vorschläge zur Reform der Sozialversicherungen machen sollte. Leiter der Arbeitsgruppe wurde er selbst.

Am 1. Oktober erklärte Angela Merkel in einer Rede im Berliner Zeughaus, dass sie alles richtig finde, was Herzog wolle. Kurz darauf billigte der CDU-Bundesvorstand Merzels Position. Der Fraktionsvize Friedrich Merz sagte, der „Anfang vom

Ende der Sozialdemokratisierung der CDU“ habe begonnen.

Keine zwei Wochen später stellte Merz seinen Plan einer radikalen Steuerreform vor: drei Stufen, keine Ausnahmen, alles sollte auf einen Bierdeckel passen.

Edmund Stoiber kündigte an, dass auch die CSU ein eigenes Steuerreformkonzept entwickeln werde. Erst einmal legten die Christsozialen im November eigene Rentenpläne vor. Sie wollten nicht nur, dass Eltern eine höhere Rente bekommen, Kinderlose sollten auch höhere Beiträge zahlen.

Anfang Dezember wurden das Herzog-Konzept und die Merz-Vorschläge auf dem CDU-Parteitag in Leipzig mit großer Mehrheit beschlossen. Horst Seehofer sagte, in der Sozialpolitik sehe er „die größeren Berührungspunkte mit der SPD“.

Auf der Klausurtagung der CSU-Landesgruppe in Wildbad Kreuth stellte Stoiber im Januar das bayerische Steuerkon-



Lach dich gesund

Ein neuer Tag brach an, als Gesundheitsministerin Ulla Schmidt und Horst Seehofer, der Gesundheitsexperte der CDU/CSU, vor die Kameras traten. Es geschah im Juli des vergangenen Jahres, und beide sahen müde aus, aber glücklich. Sie hatten Grund zur Freude, sie hatten das scheinbar Unmögliche erreicht, einen Konsens zwischen Regierung und Opposition.

„Wir sind uns einig“, verkündete die Gesundheitsministerin fröhlich. Seehofer blickte zu ihr hinüber, lächelte und sagte: „Ich kann für meine Person sagen, dass es eine der schöneren Nächte in meinem Leben war.“ Dann sprach er vom „größten Reformwerk in der jüngeren Sozialgeschichte“.

Der Entwurf zum „Gesetz zur Modernisierung der Gesetzlichen Krankenversi-

cherung“ umfasste 470 Seiten, und als Maßstab ihres Erfolgs hatten die Politiker eine Zahl gewählt – den Beitragssatz zur gesetzlichen Krankenversicherung. Er sollte fallen. Von 14,3 Prozent im Jahr 2003 auf 13,6 Prozent im Jahr 2004, weiter auf 12,95 Prozent im Jahr 2005, um dann, im Jahr 2006, 12,15 Prozent zu erreichen.

Die Politiker sagten nicht, im Jahr 2003 sollen 13 Prozent erreicht werden und im Jahr 2006 12 Prozent. Sie nannten Beiträge, die exakt waren bis auf die zweite Stelle hinter dem Komma. Diesmal schienen sie die Sache im Griff zu haben. Sie schienen es ernst zu meinen. Ende September stimmt der Bundestag mit großer Mehrheit und den Stimmen der Opposition zu.

Kritiker meldeten sich. Die Reform würde von den Patienten bezahlt werden, sagten sie. Die Macht der Kassenärztlichen Vereinigungen und der Krankenkassen bleibe erdrückend. Die Ursachen für die steigenden Ausgaben im Gesundheitssystem seien unverändert. Es gebe keinen Wettbewerb, keine Wahlfreiheit.

Schmidt und Seehofer kümmerten die Schreihälse nicht. Hatten die Deutschen in Umfragen nicht immer gesagt, dass sie bereit seien, Opfer zu bringen, wenn die Probleme dadurch gelöst werden würden? Nun konnten sie ihren Beitrag leisten.

Pro Jahr sollen die Mehrbelastungen durch Zuzahlungen zwei Prozent des Bruttoeinkommens nicht überschreiten, chronisch Kranke zahlen maximal ein Prozent. So sah es das Gesetz vor, das Schmidt und Seehofer erarbeitet hatten.

Aber wer ist chronisch krank? Jemand, der im Krankenhaus liegt? Jemand, dessen Krankheit einen Arztbesuch im Quartal nötig macht? Muss ein chronisch Kranker behindert sein? Oder erwerbsgemindert? Braucht er eine Pflegestufe? Wenn ja, welche? Zwei oder drei? Was ist mit den Fahrtkosten zu ambulanten Behandlungen? Werden die von der Krankenkasse übernommen? Müssen die Patienten zuzahlen?

Es gab so viele Fragen.

Schmidt und Seehofer mochten sich mit ihnen nicht mehr beschäftigen. Sie waren müde. Sie gaben ihre Reform aus der Hand. Sie landete im Gemeinsamen Bundesausschuss der Ärzte und Krankenkassen. Es ging ja nur noch um Details.

Die Mitglieder des Ausschusses trafen sich Ende Januar, und sie debattierten nicht monatelang wie die Politiker, ihr Vorsitzender gab das Verhandlungsergebnis nach sechs Stunden bekannt.

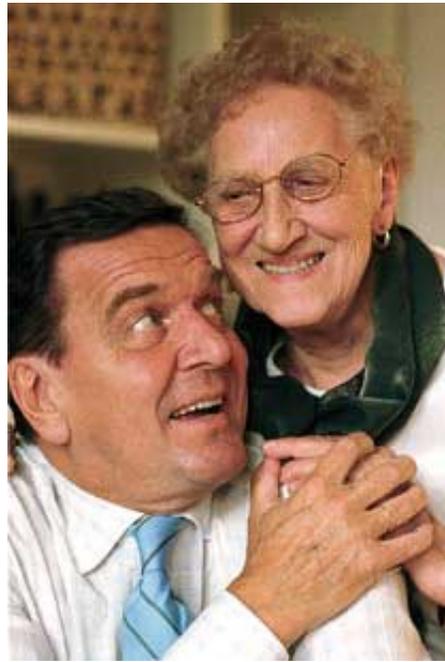
Man müsse nicht im Krankenhaus liegen, um chronisch krank zu sein. Es reiche aus, an einer lebensbedrohlichen Krankheit zu leiden. Die Fahrtkosten zu ambulanten Behandlungen würden übernommen, wenn es sich um Krebstherapien oder Dialysebehandlungen handle, Zuzahlungen der Patienten seien zumutbar.

Es schien ein vernünftiges, sozial verträgliches Ergebnis zu sein.

Die Patienten könnten sich freuen. Oder auch nicht.

Die großzügigeren Regelungen werden wohl mehrere hundert Millionen Euro pro Jahr kosten. Der Beitragssatz wird nicht wie erwartet sinken. Nicht in diesem Jahr – und wohl auch nicht in den kommenden Jahren. Zum Jahresbeginn erhöhten viele Betriebskrankenkassen ihren Beitragssatz, statt ihn zu senken.

Schmidt sagt, das sei nicht tragisch, der durchschnittliche Beitragssatz werde trotzdem fallen. An die größte Reform in der jüngeren Sozialgeschichte glaubt sie nicht mehr. Jetzt sagt sie nur noch, mit der Reform habe man „etwas Luft“ gewonnen.



Kanzler Schröder, Mutter
„Was er verspricht, hält er“



Karatetraining für Rentner: „Die Leute wissen jetzt, es wird nicht reichen“

Sie schwärmt lieber für die Bürgerversicherung.

„Das wäre der richtige Weg“, sagt sie. Seehofer gefällt die Idee auch. Eine Solidarkasse für alle. Das wäre etwas Neues, etwas wirklich Großes. Es wäre „die größte Reform in der jüngeren Sozialgeschichte“.



Die Rente ist sicher

Erika Vosseler, 90, aus Paderborn-Elsen hat es nicht leicht gehabt im Leben. Ihr erster Mann fiel an der Ostfront, der zweite erlag einer Lungenkrankheit. Sie musste putzen gehen, um ihre fünf Kinder durchzubringen.

Umso mehr freute sie sich, als ihr Gerhard („Mama, ich habe es wirklich geschafft“) vor fünfeinhalb Jahren Bundeskanzler wurde. Wie im Wahlkampf angekündigt, stoppte ihr Zweitgeborener die Rentenreform seines Amtsvorgängers – es sei „schlicht unanständig“, alten Menschen wie seiner Mutter das Geld wegzunehmen. Frau Vosseler setzte Malzkaffee auf, lud Journalisten ein und lobte den Sohn: „Was er verspricht, hält er, hat er immer gehalten.“

Zumindest für ein Weilchen. Das Kanzlerwort von den angeblich wieder sicheren Renten war etwa fünf Monate alt, als sich Schröders zuständiger Minister Walter Riester am Rosenmontag des Jahres 1999 in der „Bild“-Zeitung verplapperte. „Alle Aspekte des Rentensystems müssen auf den Prüfstand“, sagte der Minister, „also auch der Erhöhungsmechanismus.“

Das war der Startschuss für eine beispiellose Reformschlacht um die Zukunft der Rentenkasse. Zunächst verord-



Schröder, Müntefering (r.) auf dem SPD-Landesparteitag in Bochum: Arbeitsteilung zwischen Gerd, dem Bösen, und Franz, dem Guten

nete die Bundesregierung den Alten eine Nullrunde – die Alten sollten lediglich einen Inflationsausgleich bekommen. Dann erfand sie die Riester-Rente – die Jungen müssten mehr privat vorsorgen. Vergangenes Jahr wurde erst die Gesundheitsreform (steigende Krankenkassenbeiträge für Betriebsrenten) und dann eine weitere Renten-Nullrunde geboren. In diesem Jahr steht neben der Reform der Pflegeversicherung (doppelter Beitrag für Rentner) noch die Reform der Reform bei der Riester-Förderung (weniger Bürokratie) und das Gesetz zur Steuer (steigend) auf Seniorenbezüge an.

Ach ja: Auch der von Schröder nach der Bundestagswahl 1998 einkassierte „Demografie-Faktor“ soll wieder kommen, diesmal unter dem Namen „Nachhaltigkeitsfaktor“. Experten der von der Bundesregierung eigens eingesetzten Kommission waren zu der Erkenntnis gekommen, dass es in der Kasse knapp wird, wenn immer weniger Junge für immer mehr Alte zahlen müssen. Das klingt logisch und ist es auch.

Eine Strategie hinter all diesen Reformen ist dabei nicht zu erkennen. Mal vergriff sich die Bundesregierung an der stillen Reserve, indem sie die so genannte Schwankungsreserve von einst 100 Prozent einer Monatsausgabe auf nur noch 20 Prozent festsetzte. Dann wieder verkündete

sie, die Reserve müsse bald wieder aufgestockt werden – und zwar, holla, auf 150 Prozent einer Monatsausgabe.

Wer, angelockt von staatlichen Zuschüssen, auf eine betriebliche Altersvorsorge spart, muss nun erkennen, dass er sein Geld womöglich besser bei der Sparkasse geparkt hätte. Denn während auf Betriebsrenten und Direktversicherungen seit Jahresbeginn der volle Krankenkassen- und Pflegebeitrag fällig wird, sind private Sparerträge von Sozialbeiträgen befreit. Noch.

Schmu ist auch die von der Bundesregierung geplante neue „Niveausicherungsklausel“, nach der die Renten im Jahr 2030 auf immerhin 43 Prozent der Bruttolöhne gehalten würden: Für viele Alte wäre allenfalls eine Rente auf Sozialhilfeniveau drin, also: Wer nichts eingezahlt hat, ist am besten dran. Selbst diese ist aber gefährdet, wenn die Wirtschaft in den kommenden Jahrzehnten langsamer wächst als angenommen.

Immerhin: Ulla Schmidt, im Schröder-Kabinett seit 2002 für die Renten zuständig, kann dem Reformchaos um die staatliche Altersvorsorge auch positive Seiten abgewinnen.

Bei ihren Gesprächen mit dem Wahlvolk habe sie einen „Bewusstseinswandel“ festgestellt: „Die Leute wissen jetzt: Es wird nicht reichen.“



Klatschmarsch für Franz

„Wir sind doch alle auf Schnäppchenjagd“, rief der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen seinen Parteifreunden zu, aber die Delegierten des SPD-Landesparteitages klatschten nicht, jubelten nicht, ja sie lachten nicht einmal. Ein guter Spruch, ein guter Gag, aber die Sozialdemokraten in der Bochumer RuhrCongresshalle starren erschöpft und regungslos wie ein verkaterter Karnevalsverein im Morgengrauen.

Sie waren geschafft nach den Klatschmärschen für Gerhard Schröder und Franz Müntefering. Den beiden letzten Hoffnungsträgern hatten sie am vergangenen Wochenende den Rücken stärken müssen, denn „die da draußen“, also die „Bild-Zeitung und die feixende Meute aus Christdemokraten, Freidemokraten und allen anderen Deutschen, die im Moment nicht gut zu sprechen sind auf die SPD (das dürften so um die 80 Prozent der Deutschen sein), sollten sehen, dass die Sozialdemokraten noch nicht am Ende sind und schreien Seit’ an Seit’.

Ministerpräsident Peer Steinbrücks Slogan von der „Schnäppchenjagd“ war der Versuch, den verstörten Genossen zu erklären, warum die Globalisierung schuld ist an dem schlechten Ruf der SPD und den

katastrophalen Umfragewerten. „Wir wollen für 19,90 Euro nach Mallorca fliegen“, rief er den Sozialdemokraten zu, wir kaufen bei Lidl und Aldi, wir wollen billige DVD-Player und Kameras, und die werden irgendwo billig in China oder Tschechien zusammengelötet, und deshalb müssen in Deutschland die Arbeitskosten gesenkt werden, also die Lohnnebenkosten – und darum müsse jeder Sozialdemokrat für die Agenda 2010 sein und für Gerhard Schröder.

Der Kanzler als Messias aller Schnäppchenjäger – der bisher originellste Versuch, den verzweifelten und zweifelnden Sozialdemokraten klar zu machen, dass die Politik ihrer Partei und ihrer Regierung eigentlich doch noch irgendwie sozialdemokratisch ist. Willy Brandt, der wollte die Versöhnung mit dem Osten, Helmut Schmidt, der kämpfte für die Allianz mit dem Westen, und Gerhard Schröder, der trotz der Welt zum Wohle der Schnäppchenjäger.

Als er 1998 Kanzlerkandidat der SPD wurde, hat Schröder der Partei nicht ge-

partei machen könne. Er war durch die Welt gereist und hatte in den USA, in England, in Schweden und den Niederlanden abgeguckt, wie man Konservative mit ihren eigenen Waffen schlägt. Er hatte begriffen, dass moderne Politik heißt, Themen zu besetzen und Images zu verändern, und so zimmerte er der SPD eine moderne Fassade. Außerhalb der „Baracke“, dem traditionsreichen Hauptquartier, wuchs die „Kampa“, die Zentrale der Veränderung, die es zusammen mit PR-Beratern und Werbeagenturen schaffte, die SPD moderner und zukunftsorientierter erscheinen zu lassen, als sie in Wirklichkeit war.

Als Schröder nach der grandios gewonnenen Landtagswahl in Niedersachsen Kanzlerkandidat der SPD geworden war, rückte er mit seinen eigenen Beratern an, vor allem Bodo Hombach und Uwe-Karsten Heye, und schob Müntefering zunächst zur Seite. Er belächelte diesen Kerl mit der Siebziger-Jahre-Frisur und den blaugelben Rautenpullovern, die er gern als

zur Regierungspartei. „Noch kein klares eigenständiges Kompetenzprofil“ attestierten damals die Meinungsforscher dem Kandidaten, und nur 30 Prozent der Wähler trauten der SPD zu, die wirtschaftlichen Probleme zu lösen, aber über 40 Prozent wählten sie dann, weil sie Kohl endlich weghaben wollten, die Lachnummer der neunziger Jahre. Was dieser Schröder, der sich im Wahlkampf wie ein erprobter Kanzler verkaufen ließ, genau mit dem Land vorhatte, verschwie er den Genossen und den Wählern, weil er es selbst nicht wusste. „Die innovativen Kräfte der Republik zusammenzuführen“, das war sein Ziel, und sein Programm ließ sich so beschreiben: In der heutigen Zeit gibt es nur eine Politik aller vernünftigen Leute, egal, in welcher Partei sie sind, und diese Politik findet man, indem man, unbehindert durch Wünsche, Traditionen und Parteitage, neue Lösungen für Probleme findet, die spätestens seit Anfang der neunziger Jahre ungelöst sind.

„Wir sind in den ersten vier Jahren unserer Regierungszeit nicht energisch genug gewesen“, gibt Müntefering heute zu, „wir haben das verschleppt, haben immer in der Hoffnung auf eine konjunkturelle Erholung gelebt.“ Erst durch das, was die Regierung Agenda 2010 nennt, aber in Wahrheit „Wahlprogramm 1998“ heißen müsste, hat die SPD begriffen, was der Preis ist für die Macht, die sie seit fünf-einhalb Jahren erleidet. „Regieren macht Spaß“ hieß 1998 das Motto des Fraktionsballbes, aber jetzt ist den Sozialdemokraten klar geworden, dass sie die Drecksarbeit der Globalisierung leisten, dass sie den Sozialstaat abbauen müssen, um ihn retten zu können, und dass sie dieser Höllenjob vielleicht nicht in den Untergang, aber an den Abgrund führt, und der liegt im Moment bei 24 Prozent Wählerzustimmung.

Das ist nicht lustig, denn die SPD wird noch gebraucht, keine andere Partei kann den Deutschen den Schmerz der Notwendigkeit so schönreden; aber lustig ist der Glaube, durch die Arbeitsteilung zwischen Gerd, dem Bösen, und Franz, dem Guten, seien die Schrecken des Regierens und die Gräueltaten der Macht besser zu verkaufen. Anders als die britische Labour Party hat die SPD 1998 vor der Wahl versäumt, sich über das Programm und den Preis der Macht zu verständigen, jetzt soll Müntefering eine Partei stillquatschen, die auf Dauer nicht mal mehr der Wille zur Macht zusammenhalten wird. Da werden auch keine Schnäppchen helfen.



Die Organisationsweltmeister

So geschmeidig war der Befund formuliert, dass er schon wieder vernichtend klang. „Eine gute Chance“ bescheinigte gönnerhaft Thomas Bach, der deutsche Vizeprä-



Karnevalsfigur Müntefering: „Wir sind doch alle auf Schnäppchenjagd“

sagt, wohin er will mit der SPD, weil er es nicht gewusst hat. Die Partei war froh, dass sie nach Rau, Lafontaine und Scharping endlich wieder einen hatte, der es ins Kanzleramt schaffen konnte. Bevor Schröder kam, hatten sich die 800.000 Parteimitglieder, so viel waren es damals noch, in einer Mitgliederbefragung mit der Frage beschäftigt: „Wollen wir überhaupt noch was?“ Und nur 26 Prozent der Bevölkerung antworteten damals noch mit Ja auf die Frage, ob die SPD noch eine Zukunft habe.

Müntefering war zu jener Zeit Bundesgeschäftsführer der Partei, und er war einer der wenigen in der SPD, der daran glaubte, dass man aus der resignierten Angestelltenpartei wieder eine Regierungs-

„Designerklamotten von C&A“ verspottete. Später lernte er ihn schätzen, er begriff, dass er Müntefering brauchte, um die Partei, die ihn voller Misstrauen zum Kandidaten gemacht hatte, zu beruhigen und letztendlich einzuschläfern. Die Art und Weise, wie Schröder 1998 zum Kandidaten und dann zum Kanzler wurde, erklärt die Art und Weise, wie er nun fünf-einhalb Jahre später von der Parteispitze verdrängt wurde. Der Weg der SPD an die Macht war kein von breiter Diskussion und schlüssiger Programmatik begleiteter kollektiver Lernprozess, nein, eine kleine Gang von Modernisierern rund um Müntefering und ein medienschlaues Kandidat machten ein paar hunderttausend Leute



MATTHIAS SCHRÄDER / DPA

Leipziger Olympia-Präsentatoren Masur, Weizsäcker, Milbradt, Tiefensee: Leichtathletik und Schwimmen im selben Stadion

sident des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), dem Bewerber Leipzig dieser Tage im sauerländischen Willingen. Und zwar nicht etwa hinsichtlich der finalen Kür zur Olympiastadt 2012. Bach sprach lediglich von der Vorauswahl am 18. Mai dieses Jahres, bei der die offiziellen Kandidaten zu bestimmen sind: „Ich glaube schon, dass Leipzig die technischen Hürden nehmen kann.“

Demnach hält der Olympier Bach die Kandidatur wohl für tot. Offenkundig liegt er im Trend der Beobachter, denen es irgendwie schwer fällt, weiter an den Mythos deutscher Organisationskunst zu glauben.

So wurde im heißen Herbst der Leipziger Kampagne bei einem ersten Krisen Gipfel schon über einen ehrenhaften Rückzug diskutiert, als sich die aufregendsten Verzahnungen im sächsischen Olympia-Filz noch gar nicht herumgesprochen hatten. Da war gerade einmal der Bewerbings-Geschäftsführer Dirk Thärichen über vertuschte Stasi-Verstrickungen gestürzt. Später erst wurden erstaunliche Provisionsgeschäfte publiziert: Wenn etwa die Stadt Leipzig dem Bewerber Leipzig eine Million Euro zukommen ließ, floss eine Vermittlungsgebühr an den Agenten, der mal Thärichens Vorgesetzter war.

Dass über diese Affäre auch Oberbürgermeister Wolfgang Tiefensees Olympia-Manager Burkhard Jung stolperte, nährte nur die Vermutung, dass in Leipzig das Stühleücken zur olympischen Disziplin erhoben worden war. Sachsens Ministerpräsident Georg Milbradt zog seinen Olympia-Staatssekretär wegen des Verdachts der Vetternwirtschaft aus dem Verkehr. Der zum Retter erkorene frühere Weltklasseschwimmer Michael Groß paddelte zurück, bevor er überhaupt im Bewerbungsteam angekommen war. Als die Mannschaft zudem in die

zwei Lager des sächsischen Landtagswahlkampfes zerfiel, hatte die Kampagne auch endlich den provinziellen Anstrich, der selbst Außenseiter wie Havanna, Rio oder Istanbul wieder hoffen lässt. Gegen die Mitbewerber Paris, London, New York, Madrid, Moskau wurden Leipzig ohnehin immer nur für den Fall Chancen eingeräumt, dass bis zur Entscheidung im Juli 2005 ein sportpolitisches Wunder passiert.

Leipzigs reformiertes Angebot der Spiele auf engem Raum habe Charme, heißt es nun. Als die Bettenzahl nicht ausreichte, wurde frisiert: Stadtwohnungen in leer stehenden Altbauten sollen vorübergehend als Hotelzimmer dienen. Es ist, als würden Leichtathletik- und Schwimmwettkämpfe in demselben Stadion ausge tragen: Ab und zu muss nur jemand den Stöpsel ziehen.

Bloß die Gesamtkosten sind noch gar nicht kalkuliert. Zu sehr waren die Bewerber wohl bislang mit Lobbyismus beschäftigt. Pech, dass sie ausgerechnet den als einflussreich eingeschätzten IOC-Mann Un Yong Kim besonders umschmeichelten. Der wurde jetzt wegen Korruptionsverdachts in seiner südkoreanischen Heimat verhaftet – und seiner Olympia-Funktionen bis auf weiteres enthoben.



Das Land der Windräder

Was für ein schöner Rosenmontagswagen: Gerd, aus Pappmaché und nackt wie Costa Cordalis, rüttelt am Zaun des Kanzleramtes und ruft: „Ich will hier raus.“ Angela, auch aus Pappmaché, sitzt am Biertisch und verliert im Armdrücken gegen Edi. Joschka steht daneben, auf einer Waage. Und Guido, klein, sitzt am Rand und schreibt eine 18 auf seine Schiefertafel. Und

über dem Fünfferrat der Schriftzug: „Unserere Hoffnungsträger“.

Deutschland, ein Land der Versager, der Zauderer, der Angsthasen? Klappt hier nichts außer der Mülltrennung? Und die klappt ja so, dass der getrennte Müll am Ende oft wieder zusammengekippt wird.

Moment! Wir sind die drittstärkste Volkswirtschaft der Welt. Kein Land exportiert mehr als wir. Wir sind Europameister im Möbelkauf. Unsere Lehrer beziehen im internationalen Vergleich Spitzengehälter. Von allen großen Industrienationen leistet Deutschland den größten Beitrag zur Bekämpfung der Armut in der Dritten Welt. Nirgendwo stehen mehr Windräder und spielen fast die Energie ein, die in die Produktion investiert wurde. Deutschland gehört zu den Ländern in der Europäischen Union, die zahlungsunfähige Unternehmen am ehesten subventionieren und am Leben halten. Die Deutschen verbringen bis zu dreieinhalb Stunden pro Woche weniger am Arbeitsplatz als ihre Kollegen in anderen Ländern. Ist das nichts?

Wir könnten stolz sein auf dieses humane und starke Land, und dennoch blickt keine andere westeuropäische Nation derart pessimistisch in die Zukunft. Nur 20 Prozent der Bundesbürger erwarten, dass es ihnen in fünf Jahren besser gehen wird. Die große Mehrheit der Deutschen ist froh, wenn sie das Erreichte halten kann, zieht sich ins Private zurück, arbeitet weniger, schränkt sich ein. Die Durchschnittsarbeitszeit ist auf einen historischen Tiefstand gesunken. Früher wurden wir wegen unseres Fleißes, unserer Disziplin verspottet, jetzt wegen der Länge unserer Ferien und der Horden unserer Vorruhestandler. Ist es nicht ein Zeichen großen Wohlstands, wenn die Deutschen die ältesten Studenten und die jüngsten Rentner haben?

Wir wären so gern stolz auf dieses Land. Fragt man die Deutschen, was ihnen ein-

fällt, wenn sie an ihr Land denken, sagen sie (in dieser Reihenfolge): Industrie, Heimat, Leistung, Ordnung, Fortschritt, Sauberkeit. Ihr Nationalbewusstsein ruhte auf der Stärke der Wirtschaft, der Sicherheit ihres Arbeitsplatzes (falls vorhanden) und der Qualität deutscher Wertarbeit.

Weil die jüngere Vergangenheit kaum Anlass für Stolz bot und Goethe, Schiller und Bach nicht jedem die Brust schwellen lassen, hielten sie sich an Mercedes, AEG und Krupp. „Nation“ war nach dem Krieg für die Bundesdeutschen nicht mehr Kulturnation und Schicksalsgemeinschaft, sondern Arbeitsgemeinschaft und Sozialversicherung.

Die Nation als Versorgungseinrichtung, als Garant für Arbeit und Brot, als Arbeitsamt und Rentenbehörde – das wurde zum Kern deutscher Vaterlandsliebe.

Darum beunruhigen Wirtschaftskrisen die Bundesbürger stets mehr als Identitätskrisen.

Darum ist mehr vom „Standort Deutschland“ die Rede als von Deutschland.

Jahrzehntelang hat man den Bundesbürgern vorgeschwärmt, ihr Wohlstand sei der Grund für die Wertschätzung der Deutschen in aller Welt. Und darum trifft es sie, nun belächelt zu werden als ineffektive Schlafmützen.

Groß und stark geworden als entnazifizierte Neubürger des Westens wollten die Bundesbürger immer die besseren Amerikaner sein. Kapitalismus ja, aber sozialer als der da drüben; eine starke Armee ja, aber friedvoller als die da drüben; Freiheit ja, aber kulturreicher und gebildeter als die Amis.

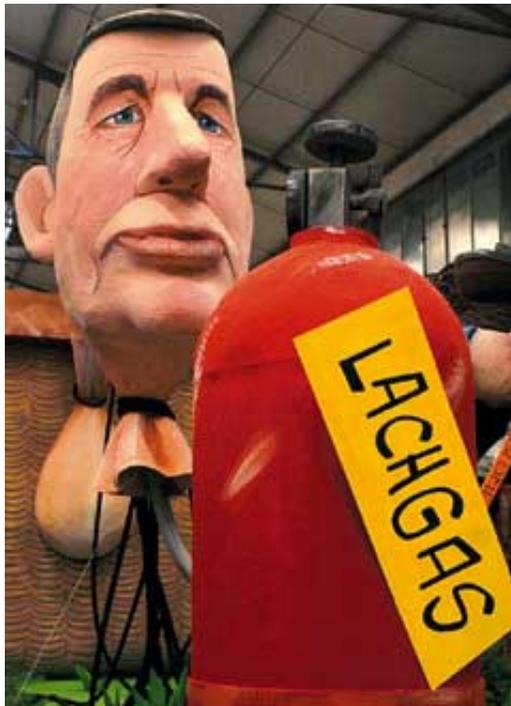
Nun bröckelt der Sozialstaat, die Bundeswehr zieht um die Welt, Bildung wird jetzt „Pisa“ buchstabiert, und im Fernsehen läuft ständig Hollywood. „Amerikanische Verhältnisse“ ist das Schreckgespenst aller Großwarner.

Als die Schweizer „Weltwoche“ sich vor einigen Monaten in einer Sonderausgabe unser Vaterland vornahm, fanden die Reporter und Leitartikel ein seltsames Volk: „Im Herzen sind die Deutschen Antikapitalisten. Sie können nicht, sie wollen nicht. Ihre Sehnsüchte liegen bei der Gemeinschaft, beim Kollektiv. Vor Gesellschaften, in denen jeder für sein Glück selber verantwortlich ist, haben sie Angst.“

Nirgends in Europa herrsche ein derart reformfeindliches Klima wie in der Bundesrepublik, wo der Sozialstaat seit seiner Installation durch Bismarck stets das jeweilige politische System legitimie-



Minister Clement
Jede Maßnahme ein Skandal



Karnevalsfigur Clement
Rentenraub, Patientenschock, Pendlerfolter

ren musste – im Gegensatz zu Ländern wie Großbritannien, den Niederlanden oder der Schweiz, in denen die (meisten) Bürger schon vor geraumer Zeit dem Irrglauben abgeschworen haben, für Wohlstand, Arbeit und Sicherheit seien letztinstanzlich ‚die da oben‘, die Politiker, verantwortlich.

Keiner formuliert die Ansprüche und Ängste der Deutschen so schön schizophrän wie die „Bild“-Zeitung. In den Kommentaren wird jeden Tag der große Ruck gefordert, das Land müsse gründlich modernisiert werden und von Subventionen befreit werden; jede Maßnahme auf diesem Weg allerdings ist ein Skandal, ist Rentenraub, ist Patientenschock, ist Pendlerfolter.

Schröder wird für das kritisiert, was er falsch macht, vor allem aber, das darf man nicht wegwitzeln, wird er für das kritisiert, was er richtig macht. Mehr als zwei Drittel aller Deutschen (68 Prozent) erklären, die Bundesregierung verrichte eher schlechte Arbeit. Aber 69 Prozent sind nicht davon überzeugt, dass eine Unionsregierung ihre Sache besser machen würde. Und wer soll es dann schaffen, das moderne Deutschland? Am liebsten keiner.

Und so herrscht er weiter, der große deutsche Zeigefinger, der so gern in den Wunden der Vergangenheit bohrt, sich dramatisch erhebt angesichts der Sünden der Gegenwart und drohend auf die Folgen der Zukunft weist.

Aber es gibt Hoffnung, wir lernen dazu, wir holen auf. In Europa haben wir gerade einen ersten Platz erobert, kein anderes Volk auf dem Kontinent schlägt uns bei der Schnäppchenjagd im Internet, wir sind die Größten, Aktivsten und Cleversten bei Auktionen im World Wide Web.

Wäre das nicht ein schönes Motiv für den Rosenmontagsumzug? Wir, das große Volk der Schnäppchenjäger? Im Gegensatz zu vielen Kollegen andernorts, die ihre politischen Motivwagen schon im Spätsommer konzipieren, lässt sich der Düsseldorfer Wagenkünstler Jacques Tilly Zeit. In diesem Jahr ist er sogar darauf eingestellt, notfalls noch am Karnevalssonntag einen ganzen Wagen umzurüsten. Technisch alles kein Problem.

Denn der gelernte Bildhauer werkelt mit einer speziellen Leichtbauweise, die den sozialdemokratischen Objekten seiner Kunst wie auf den Leib geschneidert scheint: flexibel, in alle Richtungen biegsamer Maschendraht, ein dünnes Mäntelchen aus Pappmaché, das in Windeseile gewechselt werden kann – und innen ganz viel Luft.

So konnte Tilly vor zwei Wochen fix reagieren, als Schröder den Parteivorsitz abgab. Seitdem läuft in seiner Werkstatt im Düsseldorfer Straßenbahndepot Tag und Nacht das Radio. Für den Fall, dass die Stimmungskanone der Regierung zurücktritt: Wolfgang Clement, Minister für Wirtschaft und Arbeit. Dessen Abgang käme ihm „wie gerufen“. Streng karnevalistisch gesehen.

GEORG BÖNISCH, UWE BUSE,
MATTHIAS GEYER, ANSBERT KNEIP,
JÖRG KRAMER, GUNTHER LATSCH,
ALEXANDER NEUBACHER, RALF NEUKIRCH,
DIETMAR PIEPER, BARBARA
SCHMID-SCHALENBACH, CAROLINE SCHMIDT,
CORDT SCHNIBBEN, THOMAS TUMA